

UNTER PROTEST

## Schramma im Messe-Aufsichtsrat

Von Helmut Frangenberg, 19.11.09, 19:26h, aktualisiert 19.11.09, 22:26h

**Ex-Oberbürgermeister Fritz Schramma ist in den Aufsichtsrat der Köln-Messe gewählt worden – allerdings unter Protest. Vor dem Rathaus versammelte sich die Initiative „Köln kann auch anders“ und machte ihren Bedenken Luft.**



Mitglieder der Initiative „Köln kann auch anders“ protestieren vor dem Rathaus gegen die Besetzung der Aufsichtsräte. (Bild: Schwarz)

KÖLN Der Wunsch der CDU, Ex-Oberbürgermeister Fritz Schramma wieder in den Aufsichtsrat der Köln-Messe zu schicken, hat im Rathaus für Wirbel gesorgt. Bürgerbündnis, Linke und „Deine Freunde“ hielten die Wahl für nicht durchführbar, weil sich Schramma als Verantwortlicher für das umstrittene Messehallengeschäft in einem „wesentlichen Interessenkonflikt“ befinde. Vor dem Rathaus waren Demonstranten von der Initiative „Köln kann auch anders“ noch deutlicher geworden: „Kölnler Bürger haben genug von Böcken, die zu Gärtnern gemacht werden.“

SPD und Grüne sprachen sich gegen die von den kleinen Parteien beantragte Vertagung aus, machten mit einem eigenen Antrag deutlich, was sie von der CDU-Idee hielten: Der Rat sollte als gemeinsamen Vertreter den Geschäftsführer der Handwerkskammer, Ortwin Weltrich, entsenden und dafür statt der vorgesehenen zehn Parteivertreter nur neun benennen. „Eine List“, wie CDU-Fraktionschef Winrich Granitzka bemerkte: Hätte die CDU dem Vorschlag zugestimmt, wäre Ex-OB Schramma, der später in das Gremium gewählt wurde, als dritter CDU-Vertreter von der Vorschlagsliste geflogen. Das konnte sie nicht zulassen. Da die von SPD und Grünen vorgeschlagene Entsendung des Handwerk-Vertreters nur einstimmig möglich gewesen wäre, genügte die Ablehnung der CDU. Da auch SPD, Grüne und FDP nur eigene Fraktionsmitglieder benannten, werden im Messe-Aufsichtsrat die kleinen Anteilseigner fehlen. Bislang teilten sich Einzelhandel, Groß- und Außenhandel und Handwerkskammer einen Sitz.

Die Wahl zum Messeaufsichtsrat war eine von rund 70 Abstimmungen im Rat. Weil die rechtsextreme Organisation „Pro Köln“ geheime Wahlen beantragt hatte, zog sich das Prozedere stundenlang hin. Nachdem sich Linke, Bürgerbündnis und „Deine Freunde“ zu einer Liste zusammengeschlossen hatten, hatten die Rechtsextremen bei den meisten Wahlen keine Chance, einen Kandidaten in die Gremien zu entsenden. Als kleinste Gruppierung kam sie bei der nach einer mathematischen Formel vorgenommenen Sitzverteilung nicht zum Zuge.

Für Irritationen hatte der Versuch der CDU gesorgt, den Bundestagsabgeordneten Wolfgang Bosbach in den Verwaltungsrat der Sparkasse zu entsenden. Bosbach erfüllt nicht die formalen Voraussetzungen, um als Vertreter des Kölner Rats in das Kontrollgremium geschickt zu werden. Dazu hätte er entweder Ratsmitglied sein oder zumindest in Köln wohnen müssen.

<http://www.ksta.de/jks/artikel.jsp?id=1256137025906>

Copyright 2009 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.